

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

p/II/16

spd/ 21. Februar 1947.

## Gespräche in Berlin

F.S. Zu behaupten, die Berliner seien verzweifelt wäre übertrieben. Aber man ist versucht, den Stand des Stimmungsbarometers in der Reichshauptstadt so zu kennzeichnen. Selbst vernünftige, in Sprache und Lebensstil massvolle Menschen sind so zermürbt, dass sie nahe an der Verzweiflung sind. "Koch einmal die Aussicht, einen solchen Winter wie diesen zu erleben - ich würde mich dann aufhängen", so sagte mir ein Mann, der mitte der Vierziger ist und der den besser situierten Kreisen angehört. Er hätte alle Ursache, am neuen Beginn der demokratischen Arbeit in Deutschland voller Vertrauen mitzunehmen, denn er hat seinen Teil dazu beigetragen, dass das Naziregime, dem in Grunde alle diese vermeidbaren Härten dieses Winters auf das Konto zu schreiben sind, unterkühlt wurde und immer weniger Anhänger fand. "Hunger und Kälte, das ist schlimm, das ist in diesem Winter sogar sehr schlimm gewesen", sagte ein anderer und fügte hinzu: "aber dann noch nicht die mindeste Aussicht auf wirkliche Besserung zu haben, das ist das schlimmste und das ist der Grund für diese Nachrichten". Damit wies er auf Nachrichten hin, die täglich, in der Tat jeden Tag in den Berliner Zeitungen zu finden sind, dass nämlich Menschen an Hunger und Kälte, also an Mutlosigkeit und Verzweiflung gestorben sind; nicht nur alte Leute, denen die Kraft fehlen mag, weil das harte Leben sie raubte, sondern auch Männer, die die 50 noch nicht erreichten, Frauen in der Blüte ihres Lebens und Kinder, kleine und grosse, Säuglinge und Gebrechliche, ein halbes Dutzend heute, ein ganzes morgen. Das sei nichts Besonderes, meinte eine Frau, die ihr zitterndes Kind unter ihrem Mantel zu wärmen versuchte: "wie soll denn das anders sein, wir haben seit Anfang Januar noch kein Stück Holz oder Kohle im Ofen gehabt, und ich habe vier Kinder und dieses ist nicht das kleinste". Der Mann sei noch in Russland in Gefangenschaft. Freunde, Bekannte? Jeder habe mit sich zu tun.

Dies war der andere, erstaunliche Eindruck, den der Besucher ergriffen empfand, der Berlin wahrlich kennt und die Berliner dazu, dass sie nämlich in einer bisser-ungekannten Masse mit sich zu tun haben. In der U-Bahn, auf der Strasse war es immer eine beinahe landesübliche selbstverständliche Art (nicht Pflicht, nein Eigenheit), mit zuzufassen, zu helfen, eine echte Solidarität zu betätigen. Das gehört zu den Berlinern. Aber sie sind sich fremd geworden. Sie lassen den Alten mit seinem gebrechlichen Karren allein die dicken Stämme ziehen. Er schnauft und kommt immer nur ein paar Schritte vorwärts, dann muss er ruhen. Jeder muss zusehen, wo er dieibt und dass ihn der Behende schleichende, eifrige Tod nicht erwischt. Grieneisen ("Bestattungen seit 1856") hat keine Särge mehr ausgestellt. Imfenster hängt ein Schild: "Der Verkauf ist geöffnet". Das Geschäft geht ohne Reklame.

Welches ist der Grund für die Hoffnungslosigkeit? "Hier ist nichts mehr zu holen" - diese erschöpfende Auskunft gab uns ein Mann, der an verantwortlicher Stelle in der Wirtschaftsverwaltung der Zone steht. Die Rohstoffe seien aufgebraucht, was gearbeitet werde, sei ohne echte Planung und entspreche nicht dem Bedarf und dem Range der Dringlichkeit. Es sei mehr Schein als Sein. Die Bodenreform, so sehr er sie im Prinzip begrüße, habe unersetzliche Rückschläge in der Produktion erbracht. Alles das, so schien es aus diesem Gespräch und aus anderen hervorzugehen, würde ertragen werden, wenn nur gewiss wäre, dass durch eine Zonenverbindung mit dem Westen Planung und Gütereaustausch, dass insgesamt wirtschaftliche Gesung und auch - sie sagten das Wort alle - "wirtschaftliche Vernunft" erreicht werden könnte. Es wäre ein Irrtum, wollte man aus diesem Spiegeibild des Gesprächs schliessen, dass die Männer und Frauen der Besatzungsmacht im Osten Vorwürfe machen wollten. Die Vorwürfe richteten sich gegen die Unzulänglichkeit, "die verbrecherische Unkenntnis" der deutschen Dienststellen, und wir hörten manche erstaunliche Einzelheit, die bestätigte, dass allzu oft Parteizugehörigkeit, das Mitgliedsbuch der KPD und dann der SED sachliche und persönliche Eignung ersetzt hat. "Da liegt der Unterschied", sagte mir ein Professor der Berliner Universität, ein Mann der SED übrigens, "bei Ihnen geht es mit der Demokratie langsam, sehr langsam voran, aber es geht voran. Bei uns spielen wir Demokratie und verhöhnen uns damit selber, weil wir die Formalie für das Wesen nehmen". Die Neubauern, so meinte er, seien in der Mehrzahl verkinderte Grundbesitzer, möglichst Grossgrundbesitzer, aber beileibe weder Demokraten noch Sozialisten, sie würden es auch niemals werden.

Ein anderer Grund, aus dem sich Mutlosigkeit und Apathie erklären liessen, ist ein bemerkenswerter Mangel an Vertrauen zu einer gesunden, europäischen Entwicklung der Politik. Man zweifelt, dass die Moskauer Konferenz, die nun in knapp drei Wochen bevorsteht, Ergebnisse zeitigen kann, die das Schicksal aller Deutschen unauflöslich miteinander verbindet. Mehr zu hoffen wagt man zunächst kaum. Die Mutigen aber trotzen sich selbst den Glauben ab, dass die Nähe Stalins die Verhandlungen so beeinflussen werde, dass am Ende nach vielleicht monatelangem Hin und Her und nach mancher dramatischen Szene ein Erfolg in dem Sinne erzielt werden könnte, dass Deutschland wieder ersteht und die Chance erhält, sein Schicksal mit allen unsichtbaren Bürden und drückend schweren Lasten selbst zu bestimmen und auf sich zu nehmen. "Aber wenn es nicht zu einer Einigung kommt?" Die Frage stellt jeder Gesprächspartner und keiner dachte an Krieg oder erschröte ihm gar. Das ist noch allem Erlebten nun noch dieses Winters physisch unmöglich. Aber was dann? wie lange noch sollen die Deutschen daran gehindert werden, den mühsamen, steilen Weg zu betreten, der sie in den Kreis der Völker zurückführen muss, zu deren Familie sie gehören. Dort liegt der Kern aller Fragen und Gespräche, die sich aber nur selten bis zu diesen Erörterungen durchringen, weil es wichtiger scheint, zu erfahren, wo es wohl noch Holz und wo vielleicht sogar Kohlen geben könnte; wo ein paar Kartoffeln - oder man wagt es kaum zu denken, ein Gemüsestrunk zu haben sein wird. Die "Ausgewählten" zählen ja nicht; die Masse, das Volk entscheidet.

### Hilfe für die Heimatlosen

#### Besuch beim Flüchtlingskommissar Frau Fuchs - Gesetz statt Appell

In einer Baracke am Rande der Eilenriede, dem grossen Stadtwald von Hannover, hat der erste Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, den es in der britischen Zone gibt, Frau Martha Fuchs, ihre Büros bezogen - in einer Umgebung also, die ihrem Auftrag besonders angemessen ist. Wir sitzen bei unserem Gespräch einen Meter von dem kleinen eisernen Ofen entfernt, der nicht willens-scheint, viel von seiner spärlichen Glut abzugeben.

Im Niedersächsischen Landtag hat es einen vereinzelt Protest dagegen gegeben, dass ausgerechnet eine Frau mit dieser schweren Amt betraut wurde. Frau Fuchs hat darauf wie ein Mann geantwortet und man gewinnt den Eindruck, dass hier die richtige Wahl getroffen wurde. Es ist ja auch so, dass die dringendsten Flüchtlingsprobleme vorwiegend in das eigentliche Gebiet der Frau fallen, weil sie zunächst einmal die unmittelbarsten Dinge des Lebensbedürfnisses, das Wohnen, das Essen, die Heizung, die Kleidung betreffen. Wer bezweifelt heute noch, dass in diesem Kampf die Frau einen mindestens ebenso wichtigen Platz ausfüllt wie der Mann, der zudem in den meisten Fällen fehlt?

Mit 2,1 Millionen hat Niedersachsen den grössten Teil der Flüchtlinge in der britischen Zone aufgenommen, wenn Schleswig-holstein bei seiner geringen Grösse mit 1,2 Millionen auch dichter belegt ist. In gesetzgeberischer Hinsicht geschah bisher hier noch nicht so viel wie im Süden und Südwesten, wenn man sich in der praktischen Betreuung freilich auch schon die grösste Mühe gegeben hat. Aber was geschah, war, selbst an den heutigen Möglichkeiten gemessen, offensichtlich zu wenig. Hier soll schnell und durchgreifend geholfen werden. Es wird, wie Frau Fuchs sagt, nach folgendem Grundsatz geschehen:

Unbeschadet der politischen Forderung, alles zu unternehmen, um die Möglichkeit einer späteren Rückkehr möglichst vieler Flüchtlinge in ihre alte Heimat zu schaffen - eine sehr vage Möglichkeit - muss alles getan werden, um für diese Menschen die Tatsache, dass sie nun einmal hier sind, so erträglich wie möglich zu machen. Sie sind die Hauptträger der Last des verlorenen Krieges, sie verdienen ernüchterte Berücksichtigung und dürfen ganz gewiss nicht, wie es leider noch immer geschieht, als Staatsbürger zweiter Klasse angesehen und behandelt werden. Was geschieht? In kurzer Zeit wird ein Gesetz über die Beschlagnahme von Hausrat gegen Entschädigung erlassen werden, dann ein weiteres Gesetz, dass die Flüchtlinge, soweit sie einen eigenen Hausstand haben, als Hauptmieter einzusetzen sind. In Verhandlungen mit den Ministerien wird die Frage geklärt werden, wie weit von hier aus eine direkte Einflussnahme in Fällen eines offenkundigen Versagens der Wohnungsämter möglich ist. Ein Gesetzentwurf über Notstandsbefugnisse des Flüchtlingskommissariats ist ausgearbeitet und geht jetzt seinen Weg. Sehr schnell, und zwar noch ehe die allgemeine Bodenreformregelung in Gang kommt, wird man Massnahmen ergreifen, um möglichst vielen Flüchtlingen aus der Landwirtschaft Siedlungsmöglichkeiten zu geben. Dann liegt eine Verordnung über die Errichtung von Landesflüchtlingsheimen vor, die auch für die nächsten Tage erwartet wird und die die Einsetzung von Flüchtlingsbeiräten vorsieht, die wieder zur Hälfte aus Flüchtlingen bestehen

werden. Die bevorzugte Zuteilung von Bezugsscheinen, ein besonders brennendes Problem, wird gleichzeitig eine gesetzliche Regelung erfahren, und schliesslich sind auch Massnahmen einer verstärkten kulturellen Pflege vorgesehen. In anderen Teilen Deutschlands hat man bereits mit gutem Erfolg neue Heimindustrien auf Arbeitsgebieten geschaffen, die den Flüchtlingen oft seit Generationen vertraut sind, das soll auch in Niedersachsen mit Eifer betrieben werden.

Sinnvolle Eingliederung in ihre neue Umgebung dadurch, dass man den Flüchtlingen zumindestens erträgliche Lebensverhältnisse und vor allem Arbeit gibt, ist das Ziel, an dem nun mit verstärktem Eifer gearbeitet werden soll. Man ist sich klar darüber, dass solche Aufgabenfülle in krassen Widerspruch zu den heute gegebenen Möglichkeiten steht. Durch unbürokratisches Zupacken muss diese Kluft so schnell wie möglich und soweit es die spärlichen Mittel erlauben, überbrückt werden. Diese Arbeit ist vordringlich. Sie ist ein wesentliches Stück im grossen Kapitel "Lastenausgleich". Das verbindliche Gesetz wird nun an die Stelle des unverbindlichen Appells treten, der allzu oft ohne ausreichende Wirkung blieb. (m/212/1/he)

#### Frauenwahlrecht und Demokratie

Es vergeht kaum eine Woche, wo nicht in der Schweizer Presse, in öffentlichen Versammlungen und im Rundfunk dieses Landes zur Frage des Frauenwahlrechtes Stellung genommen wird. Uns erscheint dieses Thema reichlich antiquiert, aber in dieser kleinen Musterrepublik wird es, wie gesagt, mit Eifer diskutiert. Die im vorigen Jahre erfolgte Abstimmung der Schweizer Männer über die Zu- oder Aterkennung des Wahlrechtes ihrer Frauen brachte diesen eine vernichtende Niederlage. Die Argumente der Männerwelt wirken gleichfalls recht altertümlich, was uns Deutsche daran besonders interessiert, ist das immer wieder herangezogene Argument, dass "die Frau für das Führerprinzip sei und zu extremen Auffassungen neige".

In diesem Zusammenhang sei es erlaubt, auf gewisse eigene Erfahrungen aus der Nazizeit hinzuweisen. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden in Berlin, Bremen, Elberfeld, Leipzig, sowie in den Wahlkreisen von Hessen-Darmstadt und Thüringen für beide Geschlechter verschiedenfarbige Wahlzettel ausgegeben. Ihre Zählung ergab nachfolgende, verblüffende Ziffern:

	Zentrum:	Dt. Nat.	- Dt. Volks.P.	Dem.	SPD	KPD.	Nationalsoz.
Frauen:	61,2	58,4	54	49	50,8	45,5	42,7%
Männer:	38,8	41,6	46	51	49,2	54,5	57,3%

Daraus ist ersichtlich, dass zumindestens die deutschen Frauen in den Wahlkreisen, in denen das überprüft werden konnte, und aus denen sich sicher ein ziemlich zuverlässiger Durchschnittswert ergibt, in der Tat gar keine besondere Neigung zum Radikalismus, gleich welcher Färbung, hatten. Die zweite und dritte Erhebung dieser Art erfolgten bei den Wahlen von 1933, die Hitlers Macht stabilisierten. Getrennt gestimmt wurden damals in einer Anzahl von Großstädten Norddeutschlands, in weiteren 80 über das Reich verstreuten grossen, mittleren und kleinen Gemeinden sowie in ganz Thüringen. Von allen in diesen Bezirken abgegebenen Stimmen entfielen im ersten Wahlgang (5. März) nur etwas über ein Viertel auf Frauen, und im zweiten (12. November) knapp ein Drittel auf hundert abgegebene Frauenstimmen. (b/B47/132/1/he)

Verspiel zur Moskauer Konferenz

Aus New York wird uns berichtet:

Trotz aller Erforschung der Volksmeinung nach der Methode des Prof. Gallup ist es schwer zu sagen, wie jetzt die Stimmung des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschland ist. Der Durchschnitts-Amerikaner hegt wohl keine Rachegefühle, ist aber auch nicht geneigt, das deutsche Volk gegen das, was uns als Übergriff und Unrecht erscheint, in Schutz zu nehmen. Eine sittlich hochstehende Minderheit hat wohl für alle Klagen über ungerachte Behandlung der Unterlegenen ein offenes Ohr; der Mann auf der Strasse wird sie aber immer noch zurückweisen mit der Bemerkung: "Sie haben es nicht besser verdient". Einig ist man nur in der Erkenntnis, dass Deutschland heute der Kern der europäischen Probleme und damit der Weltprobleme ist und dass der freiwillige oder unfreiwillige Totalanschluss Deutschlands an den Osten die allerschwerste Lebensgefahr für den Westen bedeuten würde.

In dieser Situation haben zu Ende des letzten Jahres zehn frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die jetzt in Amerika leben, eine Erklärung veröffentlicht, über die auch in der deutschen Presse berichtet wurde. Diese Veröffentlichung hat zu heftigen Gegenstößen einer kleinen, aber aktiven Gruppe geführt, die die öffentliche Meinung systematisch im Sinne eines "harten Friedens" für Deutschland bearbeitet. Besonders hervorgetan hat sich dabei, wie gewöhnlich, der deutsche Emigrant Professor F. W. Förster, der in der "New York Times" einen wütenden Angriff auf die Unterzeichner und die Sozialdemokratische Partei unternahm. Er bezichtigte sie der Schwäche gegenüber Hitler und der geheimen Unterstützung des Militarismus.

Ihm antwortete an derselben Stelle einer der Unterzeichner, Friedrich Stampfer, der frühere Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans "Vorwärts". Er erinnerte an die Strassenkämpfe in der Zeit vor der "Machtergreifung", bei denen viele sozialdemokratische Arbeiter ihr Leben liessen und an ihr heldenmütiges Eintreten für ihre Partei auch unter dem Regime des Terrors. Er verwies auf die einmütige Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die furchtbaren Opfer an Freiheit und Leben, die die Fraktion und die ganze Partei damals und später zu bringen hatten, um dann fortzufahren:

Dennoch, nach all diesen Prüfungen, inmitten der Leiden eines verlorenen Krieges besaßen die deutschen Sozialdemokraten moralische Kraft genug, eine siegreiche Schlacht gegen eine andere Art des totalitären Systems zu schlagen - wie der Ausgang der Berliner Oktoberwahlen beweist.

Ebenso widerlegt Stampfer mit unbestreitbaren Tatsachen die giftige Verleumdung, dass die deutschen Sozialdemokraten verkäufte Militaristen gewesen seien.

Förster hatte die Forderung nach einer demokratischen Vertretung des deutschen Volkes bei den Friedensverhandlungen mit der Begründung abgelehnt, die Deutschen im allgemeinen und die Sozialdemokraten im besonderen hätten Hitler auf dem Wege zur Macht nicht gestoppt. Darauf antwortete Stampfer:

Dass die Sozialdemokraten Hitler nicht gestoppt haben, ist eine Tatsache: sie haben es versucht, aber nicht gekonnt. Und ne, die es gekonnt hätten, haben es nicht einmal versucht. Wenn alle Leute von der Moskauer Konferenz ausgeschlossen sein sollten, die es unterlassen haben, Hitler beizwecken zu stoppen, müsste mancher Stuhl an der Friedentafel leer bleiben.

Bezeichnend bleibt übrigens, dass selbst Förster nicht umhin kann, die polnischen Gebietsansprüche übertrieben zu finden. Darüber gibt es hierzulande wohl nur eine Stimme. Hat doch auch einer der schärfsten Kämpfer für einen "harten" Frieden, der frühere Unterstaatssekretär Sumner Welles, in seinem neuesten Buch die polnischen Ansprüche als übertrieben zurückgewiesen und das Recht der vertriebenen und enteigneten Deutschen auf Entschädigung anerkannt. Überhaupt setzt sich jetzt in massgebenden Kreisen die Erkenntnis durch, dass der Verleumdung Deutschlands Einheit geboten werden muss.

Nur in der Frage "Zentralismus oder Föderalismus" herrscht noch grosse Unklarheit. Die Propaganda der Leute, die Föderalismus sagen und Separatismus meinen, hat Wirkungen gehabt, die noch nicht überwunden sind. Da ist es sehr zu begrüßen, dass die American Federation of Labor, die sich immer mehr als eine zuverlässige Freundin der deutschen Arbeiter erweist, sich in einer Vorstandstagung klar und eindeutig für die sofortige Errichtung einer deutschen Zentralregierung auf demokratischer Grundlage ausgesprochen hat. Darüber hinaus forderte sie, nachdem sie die Berichte der aus Deutschland zurückgekehrten Kameraden Doherty und Feinberg entgegengenommen, entscheidende Schritte zur Beseitigung des Massenelends in Deutschland und tatkräftige Unterstützung der deutschen demokratischen Arbeiterbewegung. (o/49/192/1/ha)

#### Die erste panasiatische Konferenz

Ende März in Delhi - Das grosse allgemeine Ziel: Unabhängigkeit

Zum ersten Male in der fünftausendjährigen Geschichte des asiatischen Kontinents, der auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht zur Ruhe gekommen ist, treffen sich in der letzten Märzwoche in Delhi die Vertreter von 34 Nationen des Nahen und Fernen Ostens auf einer panasiatischen Konferenz, die auf den Vorschlag des Aussenministers in der provisorischen Regierung Pandit Jawaharlal Nehru einberufen wurde.

Zu der Konferenz, die zweifellos einen bedeutsamen Meilenstein in der Geschichte Asiens bildet, entsendet ausser der afghanischen Regierung auch die afghanische Akademie von Kabul besondere Delegierte. Weiter sind Burma und Malaya vertreten, Ceylon hat als Repräsentanten den Gesundheitsminister George de Silva angemeldet, China wird seiner Grösse und Bedeutung entsprechend stark vertreten sein, und neben der indonesischen Republik nehmen auch japanische Vertreter an der Konferenz teil, wenn die amerikanischen Behörden die Erlaubnis dazu erteilen. Über die Vertreter der vorderasiatischen Staaten ist bisher noch Nichts Näheres bekanntgeworden, doch werden auch ihre Vertreter mit Sicherheit erwartet.

Nach Ansicht von Sachverständigen ist die Einberufung der Konferenz auf die Erkenntnis des indischen Volkes zurückzuführen, dass es wenig Zweck hat, wenn Indien allein seine Unabhängigkeit erlangt. Seine Freiheit kann nur gesichert werden, wenn alle asiatischen Staaten ihre volle Unabhängigkeit erreicht haben und sich wirtschaftlich und industriell eng



zusammenschliessen. Man ist sich dabei sehr wohl bewusst, dass dieser Zusammenschluss leicht zu einem Konflikt mit den imperialistischen Mächten führen kann.

Man verweist dabei auf das Beispiel Viet Nam, dessen Volk sich jetzt in einem verzweifelten Kampf mit Frankreich befindet. Auch der Bürgerkrieg in Indochina wird in ganz Asien mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt und findet vor allem in Indien starke Sympathie, wo z. B. ein Freiwilligenkorps in der Bildung begriffen ist, das aus Veteranen der indischen Nationalarmee zusammengestellt wird und die Indochinesen unterstützen soll. Dieses Freiwilligenkorps lässt erkennen, dass die Völker Asiens nicht nur von dem Willen zur Einigung beseelt sind, sondern auch zu gemeinsamer Verteidigung und gegenseitiger Hilfe entschlossen sind. Niemand gibt sich natürlich irgendwelchen Illusionen über die unmittelbaren Auswirkungen der panasiatischen Konferenz in Delhi hin. Man ist vielmehr überzeugt, dass es viele Jahre dauern wird, bis die politische Einheit in Asien hergestellt sein wird. Aber die Konferenz gilt als Beweis, dass Asien "auf dem Marsch ist", wie dieser Tage auch ein indischer Journalist in einem Ausblick auf die Delhi Konferenz schrieb.

Es ist übrigens kein Zufall, dass die Konferenz just für Ende März einberufen wurde. In diesen letzten Märztagen jährt sich nämlich zum zweiten Male die Gründung der Arabischen Liga, die augenblicklich Ägypten, Irak, Syrien, Libanon, Transjordanien, Saudi-Arabien und den Jemen umfasst und für Vorderasien bereits weitgehend verkörpert, was für den ganzen riesigen Erdteil angestrebt wird.  
(m/192/Blo/1/He)

#### Ein eigener Deutschlandplan Russlands?

Nach einer Meldung der "Sunday Times" hat die russische Militärregierung in Berlin für Ausserminister Molotow einen eigenen festen Plan für die zukünftige Gestaltung Deutschlands ausgearbeitet. Die Sowjetunion will als Gastgeber in Moskau der Welt einen ersten konkreten Plan für Deutschland präsentieren, der die Revision der Ostgrenzen nicht ausschliesst. Diese Gäste soll, so wird behauptet, der Sowjetunion erneut die Führung in allen deutschen Angelegenheiten sichern, die ihr im Jahre 1946 verloren ging. (m/Blo/212/1/He)

#### Jouhaux über Deutschland

Bei seiner Rückkehr von einer Reise durch Deutschland hat der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften (C.G.T.) einige Erklärungen abgegeben.

"Im allgemeinen", so sagte Jouhaux, "sind meine Eindrücke, was die Reorganisation der Gewerkschaften anbelangt, nicht ungünstig. In der französischen Zone sind mehr als 300.000 Arbeiter organisiert, aber diese erfreulichen Resultate sind zustande gekommen trotz des Unverständnisses vieler französischer Dienststellen und trotz des schlechten Willens der deutschen Regierung, die keinerlei Sympathie für die wieder-auferstehenden deutschen Gewerkschaften haben".

Jouhaux wies besonders daraufhin, dass er im Verlaufe seiner Reise feststellen musste, dass die Entnazifizierung in der französischen Zone nicht den Fortschritt gemacht habe, den er erhofft hatte. Er erklärte wörtlich: "Man muss verstehen, dass eine wirkliche Demokratisierung in Deutschland ohne Entnazifizierung nicht möglich ist und dass keine Entnazifizierung möglich ist, ohne die vollständige Mitarbeit der Gewerkschaften." (n/B44/202/1/He)